

Seeländer Stimmen zum Zollhammer

«Unser Wohlstand hängt stark

Wie stark sind Unternehmen hier vom Zollhammer betroffen? Top-Shots wie Alt Regierungsrat Andreas Rickenbacher geben Auskunft.

Interview: Brigitte Jeckelmann

Andreas Rickenbacher, in der Nacht auf den 1. August hat US-Präsident Donald Trump der Schweiz einen Schock versetzt: Er will Schweizer Importe mit einem Zollzuschlag von 39 Prozent belegen. Was ist Ihnen durch den Kopf gegangen, als Sie davon hörten?

Andreas Rickenbacher: Mir gingen zwei Gedanken durch den Kopf: Auf der einen Seite war da Enttäuschung. Bislang hatte man den Eindruck, die Verhandlungen seien auf gutem Weg, um ein für die Industrie vertretbares Resultat zu erzielen. Dieser Eindruck war offenbar falsch. Auf der anderen Seite empfand ich Ärger über Donald Trump. Es ist eine weitere Episode, die zeigt, was für ein Mensch der amerikanische Präsident ist: einer, für den gute Argumente keine Rolle spielen.

Welche Folgen hat der Zollhammer Ihrer Einschätzung nach für die Wirtschaft in der Region Biel und im Seeland?

Es ist zu früh, das genau zu beurteilen, zudem verfüge ich nicht über die nötigen Daten über das Ausmass der USA-Exporte in der Region. Es gibt aber sicher Firmen, die für sich den amerikanischen Markt aufgebaut haben, weil es ein sehr interessanter Markt ist. Diese sind betroffen, wenn sich keine andere Lösung finden lässt. Oder wenn sie nicht ein Produkt herstellen, das ihre Kunden in den USA unbedingt brauchen.

Welche Branchen sind am meisten betroffen?

Sicher die Uhrenindustrie und die Maschinenindustrie. Amerika ist für beide ein bedeutender Absatzmarkt. Gerade Letztere liefert Produkte in die USA, die für das Land unentbehrlich sind. Weiter betrifft es die Pharmaindustrie. Trump will schon lange die Medikamentenpreise senken. Man muss aber jedes Unternehmen einzeln beurteilen und nicht ganze Branchen.

Wie sollen betroffene Firmen reagieren?

Das erste Gebot lautet für mich: Ruhe bewahren, gelassen bleiben. Das gilt sowohl für Politik, Wirtschaft und insbesondere die Medien. Gestern war ich zum Beispiel sehr verärgert, als das SRF beim Börsenstart in einer Push-Meldung schon von einem schwarzen Montag an der Schweizer Börse sprach. Dabei ist der Swiss Market Index zu Beginn nur gerade um 1,8 Prozent gesunken – und war abends kaum mehr im Minus. Das rechtfertigt den Begriff schwarzer Montag auf keinen Fall. Ich finde, hier haben die Medien auch eine Verantwortung, die Tatsachen nicht zu verzerrern und künstlich aufzubauschen.

Wie erklären Sie sich die schwache Reaktion an der Börse?

Auf der einen Seite sind viele kleine und mittlere Unternehmen nicht an der Börse kotiert. Und diejenigen, die kotiert sind, sind oft so aufgestellt, dass sie



Andreas Rickenbacher plädiert dafür, Ruhe zu bewahren.

Bild: Matthias Käser/a

sich anpassen können. Ich bin selber im Verwaltungsrat eines Unternehmens, das an der amerikanischen Börse notiert ist. Da wir zu fast 100 Prozent für den amerikanischen Markt in den USA produzieren, sind wir nicht betroffen. Hinzu kommt, dass man inzwischen weiss, wie der US-Präsident funktioniert und dass seine Entscheidungen tag-

lich ändern können. Auch das ist ein Grund, dass die Börse nicht mehr so stark reagiert. Zu beachten ist: Es sind nicht die betroffenen Unternehmen, die an der Börse Geld investieren. Investoren, die Aktien handeln, sagen sich im aktuellen Fall: besser zuwarten. Denn warum soll ich jetzt meine Aktien verkaufen, wenn Trump in zwei, drei

Wochen wieder etwas anderes sagt?

Angesichts solcher Zollzuschläge wird es für Unternehmen trotzdem schwierig, Ruhe zu bewahren.

Sicher. Kleine und mittlere Unternehmen, die in die USA exportieren, werden in Schwierigkeiten kommen. Wie viele das

sind, kann ich nicht sagen, da ich nicht über die nötigen Daten verfüge. Ich plädiere dafür, nicht panisch zu werden. Sondern wir sollten uns überlegen, wo unsere Stärken liegen: Wir haben in der Schweiz das Instrument der Kurzarbeit. Damit konnte man während der Pandemie Unternehmen über ein bis zwei Jahre helfen, die-

«Kurzarbeit ist in vielen Unternehmen bereits eingeführt»

Gilles Hürsch, Geschäftsführer der Wirtschaftskammer Biel-Seeland, fordert jetzt innenpolitische Massnahmen.

Interview: Brigitte Jeckelmann

Gilbert Hürsch, welche Bedeutung hat der Zollschock für die Wirtschaft in unserer Region?

Gilbert Hürsch: Die Region Biel-Seeland ist stark exportorientiert. Die neuen US-Zölle stellen einen weiteren Rückschlag für viele Unternehmen dar. Dabei geht es nicht nur um die Vereinigten Staaten: Auch der für uns zentrale EU-Markt zeigt seit Längerem konjunkturelle Schwächen – und wird zusätzlich mit neuen Zöllen in Höhe von 15 Prozent belastet. Das verschärft die Lage für unsere Exportunternehmen erheblich.

Welche Branchen sind am meisten betroffen?

In erster Linie die exportorientierten Industrien – insbesondere die Uhrenindustrie sowie die Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie. Indirekt wird aber auch das Binnengeschäft in Mitleidenschaft gezogen, wenn Industriebetriebe Investitionen zurückstellen oder Produktionen verlagern. Das trifft auch Handwerk, Zulieferer und Dienstleistungsunternehmen in der Region.

Haben sich schon Firmen bei Ihnen gemeldet?

Wir stehen seit April dieses Jahres im aktiven Austausch mit betroffenen Unternehmen. Den Kontakt suchen dabei oft wir als Wirtschaftskammer Biel-Seeland proaktiv, um ein klares Bild der Auswirkungen in unserer Region zu erhalten. Die Zölle sind ausserwirtschaftliche Rahmenbedingungen, auf die wir keinen direkten Einfluss haben. Umso wichtiger ist es, auf nationaler und kantonaler Ebene innenpolitische Massnahmen einzufordern, die unsere Unternehmen entlasten können.

Wie kann die Wirtschaftskammer betroffene Firmen unterstützen?

Unsere Rolle ist es, gemeinsam mit Unternehmen und anderen Verbänden einen Katalog an innenpolitischen Forderungen zu erarbeiten – etwa steuerliche Entlastungen, administrative Vereinfachungen oder Investitionsanreize. Ein zentraler Punkt ist auch der Abbau von Bürokratie und der Steuerbelastung, um die Unternehmen in einem ohnehin anspruchsvollen internatio-

nalen Umfeld zu entlasten. Ziel ist es, die Wettbewerbsfähigkeit trotz erschwelter Rahmenbedingungen zu sichern.

Was tun Sie konkret?

Wir stehen in engem Austausch mit Branchen- und Wirtschaftsdachverbänden. Ziel ist es, gemeinsam koordinierte Massnahmen zu erarbeiten und diese bei Bund und Kanton geschlossen zu vertreten. Auch sensibilisieren

wir die Behörden für die spezifischen Herausforderungen unserer Region. Dabei bringen wir auch konkrete Anliegen ein – etwa den Abbau von administrativen Hürden und steuerlichen Belastungen für KMU.

Ist Kurzarbeit schon ein Thema?

Viele Unternehmen haben Kurzarbeit bereits eingeführt. Nicht nur aufgrund der US-Zölle, son-

dern auch wegen der schwachen Konjunktur in der EU. Die Verlängerung der Kurzarbeitsentschädigung auf 18 Monate durch den Bund ist ein wichtiger Schritt, den wir mitgetragen haben. Sollte sich die Situation weiter verschärfen, könnte eine weitere Anpassung notwendig werden. Mit den zuständigen Stellen im Kanton wird der Kontakt nun intensiviert.

Welche alternativen Märkte gibt es?

Freihandelsabkommen mit weiteren Ländern gewinnen nun an zusätzlicher Bedeutung. Auf ausserpolitischer Ebene besteht hier Potenzial, bestehende Abkommen auszubauen und neue zu erschliessen. Viele Unternehmen arbeiten ohnehin aktiv an der Diversifikation ihrer Absatzmärkte.

Hatten Sie schon Kontakt mit der Handelskammer der USA?

Nein, bislang gab es keinen direkten Kontakt mit der amerikanischen Handelskammer.

Wie sehen Sie die Situation in der Uhrenindustrie?

«Für die Unternehmen in unserer Region ist Planbarkeit zentral.»



Gilbert Hürsch: «Die Region Biel ist stark exportorientiert.»

Bild: Matthias Käser/a

Gilbert Hürsch

Inwiefern sind jetzt die bilateralen Verträge mit der EU umso wichtiger?

Grundsätzlich gilt: Der Abbau von Handelsbarrieren – ob gegenüber der EU oder anderen wichtigen Märkten – ist entscheidend für den Exportstandort Biel-Seeland. Unsere Unternehmen sind auf verlässliche, stabile und möglichst hindernisfreie Rahmenbedingungen im internationalen Handel angewiesen.

Der Zollhammer ist bis am 7. August ausgesetzt – stellt man sich nun auf eine Abwarteposition?

Diese kurze Frist muss jetzt aktiv genutzt werden, um diplomatisch Einfluss zu nehmen. Die Schweiz braucht eine klare Strategie, um ihre Interessen gegenüber den USA zu vertreten. Für die Unternehmen in unserer Region ist Planbarkeit zentral.